



MEDIENMITTEILUNG

25. Oktober 2011

## Stellungnahme zu den Resultaten der Bevölkerungsbefragung 2011 Das Zürcher Wohnungsproblem wird immer drängender

**Die Resultate der neuesten Zürcher Bevölkerungsbefragung belegen eindrücklich, dass wohnpolitisches Handeln dringend angesagt ist. Die Zürcher Wohnbaugenossenschaften sind dafür die geeigneten Partnerinnen. Sie rufen dazu auf, den wohnpolitischen Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung zu verankern (Volksabstimmung vom 27.11.), eine Stiftung zur Baulandbeschaffung zu gründen und im Planungs- und Baugesetz planerische Instrumente für den preisgünstigen Wohnungsbau zu schaffen.**

Fast 30% der Stadtzürcher Bevölkerung nennen Wohnungsfragen als das wichtigste Problem in der Stadt. 2007 waren es noch weit unter 10% und 2009 weit unter 20% gewesen. In der gleichen Zeitspanne ist die Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot von Note 4 auf Note 3 gesunken; kein anderes „Angebot“ in der Stadt Zürich wird von der Bevölkerung derart schlecht bewertet.

Mit der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung korrespondieren die objektiven Daten: So ist die durchschnittliche Belastung durch den Mietzins innert zwei Jahren von 26 auf 29% des Haushalteinkommens angestiegen.

Auf der anderen Seite belegen die Befragungsergebnisse erneut den Nutzen des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Dessen Mietzinse sind markant günstiger als auf dem gewinnorientierten, privaten Wohnungsmarkt. Und die Gliederung nach Einkommensklassen zeigt, dass Genossenschaftswohnungen vor allem vom breiten Mittelstand genutzt werden.

Die Resultate der Bevölkerungsbefragung illustrieren eindrücklich, wie dringend wohnpolitisches Handeln angesagt ist. Alles spricht dafür, den erfolgreichen Kurs der Stadt Zürich (Landabgaben, Wohnbauaktionen) fortzusetzen und markant zu verstärken. Dazu gehören insbesondere

- das Ziel von 1/3 gemeinnütziger Wohnungen bis 2050 (Volksabstimmung vom 27. November über einen wohnpolitischen Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung – „Bezahlbare Wohnungen für Zürich“)
- eine städtische Stiftung zur Baulandbeschaffung (Gegenvorschlag zur Initiative der Grünen)
- ein Planungs- und Baugesetz, welches Zonen für den preisgünstigen Wohnungsbau ermöglicht (Parlamentarische Initiative Kutter im Kantonsrat, kantonale Volksinitiative der SP) – und dies nicht nur in der Stadt Zürich, sondern vor allem auch in der Agglomeration.

\*

Die wichtigsten wohnpolitischen Fakten und Forderungen sind festgehalten in der **Zürcher Erklärung zur Wohnungspolitik** auf <http://www.wohnbaugenossenschaften-zuerich.ch>